

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Sammelübersicht 71 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
über Anträge zu Petitionen
— Drucksache 11/2512 —

Der Bundestag wolle beschließen:

die Petition 1-11-06-26-2748 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 28. September 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Entscheidung über die Aufnahme der durch die Todesstrafe in Chile bedrohten Widerstandskämpfer in die Bundesrepublik Deutschland steht nun schon über ein Jahr aus.

Für die vom Tod Bedrohten und ihre Angehörigen eine unerträglich lange Zeitspanne.

Die Älteren unter uns haben noch eigene Erinnerung oder Erfahrung mit der Nazi-Diktatur in Deutschland. Diese Erfahrung hat dazu geführt, daß in unserer Verfassung das „Recht zum Widerstand“ gegen jeden, der es unternimmt, die staatliche Ordnung unseres demokratischen und sozialen Bundesstaats zu beseitigen, verankert wurde. Die jungen Chilenen haben dieses Recht wahrgenommen und sind der Pinochet-Diktatur dabei zum Opfer gefallen.

Wenn wir uns für die Aufnahme dieser Menschen bei uns einsetzen, tun wir das nicht, weil wir die ihnen vorgeworfenen Taten gutheißen, sondern weil wir das Angebot eines demokratischen Rechtsstaats auch denen öffnen wollen, die heute die Opfer faschistischer Diktatur sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung die unverzügliche Entscheidung für die Aufnahme der Chilenen. Der Mehrheitsbeschluß des Petitionsausschusses, „alle Informationsmöglichkeiten zur Aufklärung der gegen die in Chile Inhaftierten

erhobenen Tatvorwürfe auszuschöpfen", überfordert die Möglichkeiten der Bundesregierung und läßt außer acht, daß in Chile gefoltert wird und die rechtsstaatlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Aufklärung der Tatvorwürfe durch die Schreckensherrschaft der Diktatur verschüttet sind.

Deshalb votieren wir für die unverzügliche Entscheidung zur Aufnahme der gefolterten Gefangenen.